

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Firmen- und Werkskassen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 5 **Göttingen**, 1. Februar 1920 **34. Jahrg.**
Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis: 2,50 M für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. (Telephon Nr. 174.)

34. Jahrg. 34. Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 98500!

Inhalts-Verzeichnis.

Leuerungszulagen. — Das antisozialistische Betriebsratsgesetz. — Zum Verbandstag. — Winkler für den Verbandstag. — Neues Jahr — Altes System. — Die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1919. — Die Wahrheit direkt auf den Kopf gestellt. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Literarisch. — Versammlungskalender.

Leuerungszulagen.

Am 22. und 23. Januar fanden in Frankfurt a. M. zwischen den Arbeitgeber- u. Arbeitnehmerorganisationen der Schuhindustrie Verhandlungen über eine Leuerungszulage statt. Nach langen sehr schwierigen Verhandlungen wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Zwischen dem Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten Frankfurt a. M., dem Verein der Pfälzischen Schuhfabrikanten, Sigi Pirmasens, der Vereinigung der Filzschuh- und Pantoffelfabrikanten, Sigi Berlin, dem Schuhfabrikantenverein E. T. „Pirminia“, Sigi Pirmasens, der Vereinigung der Schuh- und Auszubereiter und den Vereinigten Absatzfabrikanten in Pirmasens und Umgebung und dem Verband der Weiskensler Schuhfabrikanten 1919, Weiskens a. S., einerseits und dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Sigi Nürnberg, dem Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Sigi Frankfurt a. M. und dem Gewerkschaftsbund der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (Sigi-Dunker), Sigi Berlin, andererseits wird nachstehender Nachtrag zum Reichsarbeitsvertrag vom 15. April 1918, 7. Dezember 1918, 9. Mai 1919 und 31. Oktober 1919 abgeschlossen.

1. Als Ausgleich für die neuerdings eingetretene Leuerung der Lebenshaltung werden Leuerungszulagen gewährt.

Diese betragen wöchentlich:

	1. u. 2. Ortstg.	3. Ortstg.	4. u. 5. Ortstg.
	männl. weibl.	männl. weibl.	männl. weibl.
15 bis 18 Jahre	13.-	10.-	12.-
18 bis 20 Jahre	20.-	18.-	16.-
20 bis 21 Jahre	22.-	20.-	18.-
über 21 Jahre	26.-	24.-	22.-

Weibliche Arbeiter, die Ernährer der Familie sind, erhalten die gleiche Zulage, wie für männliche Arbeiter in derselben Alters- und Ortstasse festgesetzt ist. (Als Ernährer der Familie gelten Witwen, ledige Mütter, sowie Ehefrauen, deren Mann im Sinne der Reichsversicherungsgesetzgebung erwerbsunfähig ist.)

2. Heimarbeiter erhalten an Stelle der für die Fabrikarbeiter festgesetzten Beträge eine Leuerungszulage in Form von 25. v. H. auf ihren jeweils erzielten Wochenverdienst.

3. Mit der vorstehend bezeichneten Leuerungszulage ist gleichzeitig die von der Zentralarbeitsgemeinschaft empfohlene Notstandszulage abgegolten.

4. Die wöchentliche Leuerungszulage wird bei gesetzlichen Feiertagen, Arbeitszeiterläumissen und bei Arbeitszeitverlängerungen von längerer Dauer nur in Ermäßigung im Verhältnis zur gearbeiteten Stundenzahl bezahlt. Bei Arbeitszeitverlängerungen von kürzerer Dauer wird die Leuerungszulage voll bezahlt.

5. Die Leuerungszulage tritt mit Beginn der 2. Lohnwoche des Monats Januar in Kraft.

Frankfurt a. M., den 23. Januar 1920.

Die unterzeichneten Verbände.

Das antisozialistische Betriebsratsgesetz.

Um für die Gegenrevolution und den Kapitalismus zu retten, was zu retten ist, hat die Nationalversammlung, die selbst alles Parteirecht längst verlor, noch Tag und Nacht-Sitzungen und nicht achtend der „Heiligung“ des Sonntags, schließlich das Betriebsratsgesetz zurecht mandatiert. Man gab ihm den betrügerischen Namen eines Schutzgesetzes. — Der Schutz gilt der Kapitalherrschafft. Im Wahrheit ist es ein Trugschutz gegen die berechtigten revolutionären und sozialistischen Forderungen der Arbeiterklasse. In enger Gemeinschaft haben da die von allen guten Geistern verlassen Rechtsfaszisten mit den bürgerlichen Kapitalsoverrettern und mit der von beiden gebildeten Regierung zusammengewirkt. So wurde ein Gesetz geschaffen, nicht um eine der wichtigsten Konsequenzen der sozialen Revolution zu erfüllen, sondern zu verhindern.

Worauf kam es an? Es hätten müssen Arbeiterräte geschaffen werden, um die Betriebe und „Betriebsgewerkschaften“ in den Dienst der Gesamtheit zu überleihen, die Sozialisierung der Wirtschaft vorzubereiten und zu betreiben. Die Betriebsräte müßten selbständig wirkende Organe werden, die als planmäßig vorgehende Produktionsleiter die Einzelproduktion dem Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtproduktion einfügen. Das wäre zwar dem Profitgehorde des Finanzkapitals an Herz und Nieren gegangen, hätte aber ganz in sozialistischem Sinne zur „Beseitigung der Produktionsmittel“ geführt. Den „Sozialdemokraten“ in der Nationalversammlung, die dem Gesetz auf die Beine traten, kam es eben auf die Erfüllung ihrer eigenen früheren Forderungen gar nicht an, vielmehr auf die Erhaltung und Förderung der alten prekaristischen „Ordnung“. Und hierbei sollen die Arbeiter, ihren eigenen Interessen entgegen, durch die Betriebsräte Verleumdungen und Beschönigungen erdulden, die ihnen eigenen Interessen entgegen, durch die Betriebsräte Verleumdungen und Beschönigungen erdulden, die ihnen eigenen Interessen entgegen, durch die Betriebsräte Verleumdungen und Beschönigungen erdulden.

Und was sollen die Betriebsräte nicht? Sie sollen in Wahrheit gegen die kapitalistische Mehrheit der Aufsichtsräte eine vorläufige Minderheit bilden, die nichts zu sagen hat. Sie sollen ihren Arbeitervorgesetzten gegenüber Schwelgerecht über das Gesehene und Gehörte bewahren, so daß eine praktische Bewertung ihrer Erfahrungen außerhalb der Direktionszimmer unmöglich wird. Sie sollen kein Recht haben, die Bilanz-Unterlagen einzusehen und zu prüfen und damit Bilanzverschleierungen zu verhindern.

Diese Betriebsräte sollen sich auch nicht etwa einschließlich und geschlossen aus Arbeitern, Angestellten und Beamten rekrutieren, — nein, jede Kategorie hat ihre Räte getrennt zu wählen, um so die Masse der Arbeitenden zu trennen und zu spalten, und ihre Teile einzeln leichter dem Einfluß der Unternehmer auszuliefern. Das von der Tätigkeit der Betriebsräte ausgeschlossene Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wird damit nicht in der Tat verneint, sondern nur so gemacht, indem die Unternehmer es leichter haben, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Eine solche Spaltung eines Sozialgesetzes sollten nun die Arbeiter wachsam überprüften hinnehmen und sich wohl gar als eine revolutionäre Tat von betrügerischen Politikern aufschwappen lassen. Diese beschränkte Unterstellung der arbeitenden Arbeiter hat nun freilich ihren Zweck nicht erfüllt. Schon während der Beratung des Gesetzes haben sich große Arbeiterräte dagegen ausgesprochen. Die Gewerkschaftsvereinigungen, die Verbände aller freien Gewerkschaften, Prof-Verbindungen, hatten bereits der Kommission der Nationalversammlung einen umfangreichen Protest überreicht. Dieser war in folgende Sätze zusammengefaßt:

Als Vertreter von zwei Millionen organisierter Arbeiter Groß-Verbands stellen die Gewerkschaftsvereinigungen folgende Forderungen bezüglich des Arbeiterbetriebsratsgesetzes auf:

Volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, insbesondere bei der Anstellung, Entlassung, Beförderung und Beförderung und bei der Entlassung von Arbeitern, — ferner bei allen die Leistungsfähigkeit des Betriebes berührenden Fragen, z. B. bei technischen Verbesserungen, Veränderungen der Arbeitsmethode, gesundheitliche Maßnahmen für die Beschäftigten, — die Entlassung in die Lohnbücher, sowie in die Bilanzen und in die dazu gehörigen Unterlagen. —

Sozial ausgleichende Strafbestimmungen für die Betriebsleiter und Arbeitnehmervertreter, gemeinsame Interessenvertreter der Arbeiter, Angestellten und Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiter), — die Möglichkeit jederzeitiger Abberufung der gewählten Vertreter durch die Wähler, uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht der Arbeitnehmer, Koalitionsfreiheit, auch des Arbeitnehmervertreter.

Wir sehen, wie wenig die Nationalversammlung und ihre Kommissionen von diesen Arbeiterforderungen Notiz genommen haben. Den Unternehmensinteressen haben sie alles Schuh gewährt und den Arbeitern Trug und Widerstand geliefert. Auch die zahllosen Stimmen der Arbeiter im Lande blieben ungehört, dagegen durften die Industriellen Herrn Ebert mit ihren Gegenforderungen nicht auf den Tisch rücken und mit dem Unternehmensgeist drohen, ohne daß die Regierung oder die bürgerliche Presse an dieser Annahme etwas auszufehen fand. Die ganze gegenrevolutionäre Energie unserer sogenannten Regierung, ihrer Militär- und Polizeigewaltigen entäußerte sich erst, als am 13. Januar die Berliner Arbeiterklasse vor dem Reichstag gegen die Verweigerung der Arbeiterklasse und dem weitesten Verderben der Revolution demonstrierte. Der erste gesunde oder gewünschte Anlauf wurde benutzt, um in die Massen zu stoßen. Zahlreiche Tote und Vermisste bedeckten die Straße und ein schon im Reichstag entsehener Entzweiungsturm in theatralischer Aufmachung wendete sich nicht etwa gegen die betriebsrätegesetzliche Gegenwehr, sondern gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen — die Unabgängigen. Über tausend wie 15 Gewerkschaften hatten den Aufruf zur Demonstration unterschrieben. Diese hätte wäre eine friedliche geblieben, wenn nicht andere dunkle Kräfte mit am Werk gewesen wären. Kein anderer als der frühere sozialdemokratische Reichspräsident Ebert hat selbst die Demonstration als eine friedliche bezeichnet und ihr jeden gewalttätigen Zweck abgesprochen.

Für die Räte und Heine, für die reaktionäre Regierung und die ihr dienenden Parteien war die Gelegenheit zu neuen Gewaltmaßnahmen gegen die Opposition natürlich willkommen. Nach dem Belagerungszustand wieder her. Schnell wurden (bis jetzt) zwei Dutzend unabhängige oder kommunistische Zeitungen unterdrückt, zum Teil — wie in Leipzig — auf Grund monatelang zurückliegender Äußerungen, sonst durchweg ohne Begründung und ohne Angabe von Gründen, oft schikanner und brutaler als unter der Militärdiktatur der Kriegsjahre. Und was bildet man sich ein, damit zu erreichen? Jeß sieht trotz aller Ableugnung, trotz aller Mundartredung Underschiedlicher und Arbeitsverleumdungen: Die Regierung hat gegen demonstrierende Arbeitermassen sich nur mit militärischen Machtmitteln zu helfen genützt, bei dem Normung in die zurückweichende Menge minutenlanges Schußfeuer eröffnet. Sie selber und ihre Helfer haben dieses mächtige Werkhaben ausdrücklich gebietet. Daß die demonstrierenden Massen in der Hauptliche Unabhängigen waren, also von der arbeitervölkischen Politik der Arbeiter nichts wissen wollten, wie das in Berlin der rechten Gruppe längst bekannt ist, wurde zum Vorwand genommen, den Belagerungszustand zu verhängen und die Opposition fast im ganzen Reich ihrer Presse beraubt. „Über die Räte, die Räte ist gewahrt.“ Das Betriebsratsgesetz, das Recht gegen die Sozialisierung ist geschaffen und die sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung und Mandatäre, die sich gegen alles Recht und gegen den Willen des Volkes, (das sie fast hat zu erreichen) — ihre Stellen und Mandate verlängern, konnt sie wollen, sie werden bereit sein, die Folgen aus jeder Gewalttat tragen müssen. Denn alle Schuld ruht sich auf Erden.

Zum Verbandstag.

Die Mitwirkenden Kollegen nahmen zum bevorstehenden Verbandstag in einer Mitgliederversammlung Stellung. Es wurde über den Inhalt des Beschlusses, den der jüngste Verbandstag in Leipzig gefaßt hat, folgende Beschlüsse gefaßt:

Staat des Verbandes.
Der Verband legt sich auf den Boden des revolutionären Kampfes und hat die Aufgabe, die Bewegung der gesamten Arbeiterklasse zu organisieren und die durch die Gesellschaftsstruktur bedingte Produktion zu steuern.

1. Umfassende Organisierung aller Branchen der Industrie und des Handels.
2. Verbot des freien Handels mit Leber.
3. Beschäftigung der Arbeiter, Angestellten, Unternehmern (Betriebsleiter) und des Staates an der Verwaltung der Wirtschaft bei völliger Vertiefung der Parität.

Zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Produktion verlangt der Verband die Errichtung von Betriebsräten. Derselben haben das entscheidende Mitbestimmungsrecht:

1. Bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.
2. Bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern.
3. Die Überwachung der Produktion in allen Teilen des Betriebes (technisch und kaufmännisch).
4. Verwaltung der Wohlfahrtsanstaltungen.

Weiter verlangt der Verband:
Kommunalisierung der Maß- und Reparaturwerkstätten.
Umwandlung der Gewerkschaften in ein Organ der organisierten Arbeiterklasse.
Umwandlung der Berufsvereine in Selbstverwaltungsgremien, welche von den Arbeitern geleitet und kontrolliert werden.

Winte für den Verbandstag.

Seit Beendigung des Krieges wird der erste Verbandstag für das kommende Frühjahr nach Leipzig einberufen. Nachdem Mitglied wird der Gedanke kommen, na endlich, ob heute oder Zweifel, ob viele Mitglieder dem Verbandstag das nötige Interesse, und die richtige Bedeutung entgegenbringen. Ich möchte behaupten, daß daran die Verantwortlichen ein gewisses Teil Schuld trägt. Ich möchte aber die Hoffnung nicht verlieren, daß durch die verständnisvolle und allgemeine Lage und die Verhältnisse, wie sie während des Krieges und nach dem Krieg gemeldet sind, viele Mitglieder dazu ermutigen wird, der Gewerkschaftsbewegung ihre Aufmerksamkeit wieder zuzuwenden.

Die denkenden und fleißigsten Kollegen und Kolleginnen sollen durch diese Zeilen dahin gebracht werden, der Arbeit, welche auf dem kommenden Paritätstag geleistet wird, ihr ganzes Denken zuzuwenden. Als Hauptaufgaben werden und müssen auf dem Verbandstage die Lohnfrage und die Umgestaltung des Verbandes zur Kampforganisation sein. Zur ersten Frage will ich vorläufig bemerken, daß es für jeden Kollegen ohne weiteres klar sein muß, daß man bei den jetzigen überhöhten Verhältnissen sehr leicht ins Hintertreffen geraten kann. Zur anderen Frage: „Umgestaltung“, oder die Gewerkschaft wieder dahin zu bringen, was sie ursprünglich sein sollte, eine Kampforganisation. Wird diese Frage zur Zufriedenheit gelöst, dann findet die Lösung der Lohnfrage von selbst statt.

Wie sieht es nun jetzt im Verband aus?
Erstens die Betätigung. Es muß für jedes Mitglied klar sein, daß bei einer Betätigung von einer Partei man denke richtig darüber nach, was eine Partei heute für den jetzigen Teil — der Verband nicht in der Lage ist, ohne den Bestreben entsprechende Unterstützung zu gewähren. Bei Betätigung die Betätigung bringen große aus, die sollen für die Presse und die Gehälter der Beamten zu denken.

Man ist jetzt dazu übergegangen, in manchen Zahlstellen den Beitrag zu erhöhen. Es ist dem Generalsekretär der V. zu machen, hierin weniger zu haben. Sowie wir ich überzeugt bin, haben andere Verbände das gleiche Übel. Ich kann daher den Eindruck nicht verlieren, daß kein Verband der Arbeiter in dieser Richtung sein möchte. Und nichts ist so über. Es ist immer aus dem Inneren heraus gelöst werden, die Gewerkschaft in die Breite zu legen, aber nicht in die Tiefe. Auf reichliche Erklärung von Parteipropaganda.

Die Frage der Gewerkschaftsbewegung. Diese Frage hat die Arbeiterklasse in Leipzig zu einem besonderen Interesse. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, die Bewegung der gesamten Arbeiterklasse zu organisieren und die durch die Gesellschaftsstruktur bedingte Produktion zu steuern. Die Gewerkschaften haben es zu tun, die Bewegung der gesamten Arbeiterklasse zu organisieren und die durch die Gesellschaftsstruktur bedingte Produktion zu steuern. Die Gewerkschaften haben es zu tun, die Bewegung der gesamten Arbeiterklasse zu organisieren und die durch die Gesellschaftsstruktur bedingte Produktion zu steuern.

haben die ungeheure Schichten, die dem Proletariat durch die vererbliche Haltung und Politik der Arbeiterklasse während des Krieges und im ersten Revolutionsjahre ermahnen (sich, es) und (sich) genug bewußt. Ich meine, diese Worte aus dem Munde eines Mitgliedes der Beamten, müssen doch schon ohne weiteres sagen bringen, daß dieses Übel angegangen werden muß. Der Verbandstag in Leipzig muß dazu die Handhabe abgeben. In dieser Sache will ich daher einen Vorschlag zu machen. Ich habe keine besonderen Wünsche an und weiß auch keine als Delegierte. Es darf nicht sein, daß ein Beamter als Delegierter nach Leipzig geht. Willt man der Bewegung zu, daß ein Beamter oder bei den Beratungen dabei sein soll, so läßt sich noch eine Lösung dergestalt finden, daß keiner beschließende Stimme haben darf. Zum Schluß noch, möchte ich allen Mitgliedern die Frage ans Herz legen, in aller Ruhe sich das von mir Gelegte zu überlegen.

Stell überall in den Verammlungen den Antrag an den Verbandstag in dieser Richtung. Auf diesem Wege läßt es sich ermöglichen, eine wirkliche freie Gewerkschaft zu schaffen.

Weißensfeld, 13. Januar 1920. Hugo Binder.

Wir wollen der Kritik nicht vorgehen, sondern nur mit einigen Worten nachweisen, daß der Kritiker, soweit sie unseren Verband betrifft, etwas über das Ziel hinausschießt. Unser Verband hat keine Leitung hat während und nach dem Krieg eine Haltung eingenommen, die sicher der Mehrheit unserer aufgestellten Kollegen eintrifft hat. Wir haben die vererbliche Kriegspolitik nicht mitgemacht und den Verband den Charakter der Kampforganisation zu wehren und zu erhalten gesucht. Wir standen unter den Gewerkschaften in dieser Richtung so ziemlich allein auf weißer Flur. Nur zwei kleinere Organisationen standen auf gleichem Boden. Eine nennenswerte Opposition ist uns von keiner Seite gemacht. Wir haben uns weder nach rechts noch nach links drängen lassen. Unser Verband ist schon etwas mehr als eine — Parteigewerkschaft. Er ruht auf dem soliden Grund der Erkenntnis, daß, wenn die Arbeiter von Lohnbrud und Lohnrechtlichkeit sich befreien wollen, sie nur allein sich selbst befreien können.

Daß die Mitglieder auf die Gestaltung und Entwicklung des Verbandes den nötigen Einfluß ausüben, ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht.

Neues Jahr — Altes System.

Die Bilanz des alten Jahres, das dem Ausbau und der Befestigung ganz neuer sozialer Verhältnisse hätte dienen sollen, ist eine schmerzliche. Wir wählten taum etwas an positiven Erfolgen im politischen oder wirtschaftlichen Leben anzuführen, und alle berechtigten Erwartungen, die sich an den revolutionären Zusammenbruch des alten Regimes knüpfen, haben einen trübsamen Ausgang genommen. Die ersten Schritte der Revolution selbst sind als Wackeltouren der alten Gesellschaftsordnung tadelhaft eckig und unfähig die Hände, sie zu führen und mit den notwendigen Maßnahmen aus neu zu versehen. Der alte Militarismus hat nur zögernd abgetreten, im Verborgenen aber nur äußerlich so ausgespielt, daß er nicht abgibt: von dem Militarismus anderer bürgerlicher Republiken ab. Dem primitivsten kapitalistischen Wirtschaftssystem ist man gar nicht zu Liebe gegangen, betrachtet es noch wie vor als die gegebene Situation, die sogar im Interesse der Gesamtheit gesehen werden müsse und weder als wirtschaftliche Organisation noch in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse die vom Krieg erzeugte große Wirtschaftskrise verdrängen dürfe. Unter ganzem Verborgenen wird mit wenigen Ausnahmen noch immer von den Personen und dem „Geiste“ der alten Bureaucratie beherrscht. Größer ist die Sorge um den Arbeiterstand, die Sorge um den Frieden zu sein, den man im Innern mit der herrschenden Bourgeoisie um jeden Preis erhalten will.

Um so größer wird mehr und mehr die Gefahr einer riesigen Wirtschaftskatastrophe, die die Ernährung der Arbeiterbevölkerung auch in den kältesten Monaten und zu den unerschwinglichsten Preisen in Frage stellt. Die Anarchie auch der Lebensmittel-Produktion und Verteilung schließt nach wie vor gegenüber der Großproduktion aus. Sie darf durch Zurückhaltung ihrer Produkte gegen das Allgemeinwohl und im Interesse ihres Profits revolutionieren — von den Ministern Heine und Rostke höchst eigenhändig mit Tausenden und Tausenden verlor, um sich gegen den berechtigten Eingriff in ihre vermeintlichen Rechte gewalttätig zu verteidigen. Eine Konzeption für Elend!

Im Widerstand gegen die Elendlichkeit oder zu wohlbedachter Täuschung werden immer wieder die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen dafür verantwortlich gemacht, daß die wirtschaftlichen Krisenfolgen so schwer auf dem jungen Volke lasten. Die Arbeiter sollen wieder die ersten sein, die sich leiden. Die Arbeiter sollen wieder die ersten sein, die sich nicht nur im Krieg, sondern auch nachher, wenn die Krisenereignisse sich ausbreiten, auf den Altar des Vaterlandes opfern. Sie müssen zu machen, sie aus dem Kolonialkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern ausgliedern, haben ihnen die Kennzeichen unter den Gewerkschaften die Arbeitergemeinschaft befehlen, in ihrer Lage die Arbeiterklasse als solche wohl einiges tun aber nichts bestimmen darf. Schließlich haben die das Wort führenden „sozialdemokratischen“ und bürgerlichen Wirtschaftspolitiker in der Form des Betriebsrätegesetzes das Selbstbestimmungsrecht unzulässig in einen zünftigen der dem Arbeiter nicht viel mehr als den Namen zufließen hat. Jedes Recht, das auch nur entfernt der notwendigen Einschränkung vorzuziehen könnte, wird geflissentlich ferngehalten. Das „Recht“ des „Serren im Saute“ und des belüglichen Privatprofits muß heilig und unantastbar bleiben.

Allen diesen Überflüssen zum Trotz haben die meisten Gewerkschaften im letzten Jahre etwas über ihren Umfang hinaus gemacht. Gerade die letzten Wochen zeigten eine rege Tätigkeit, um sich die Verhältnisse nicht über den Kopf wachsen zu lassen. In der zweiten Dezemberwoche hat der Reichsverband der Buchdrucker neue Beschlüsse über Lohnverhältnisse, außerordentliche Arbeitszeiten und Nacharbeit, Überstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit und Erhöhung des Stundenpreises gefaßt. Die Buchdrucker haben am 4. Dezember einen Schlichtungsanspruch für angemessen anerkannt, in dem die 45 stündige Arbeitszeit für angemessen anerkannt wird, ohne Beschäftigung schon bestehender günstiger Bedingungen. Im Baugewerbe fanden Verhandlungen statt über die Rückzahlung der weiteren Lohnverhältnisse durch die Bauausstatter. Zu einem die Arbeiter betreffenden Resultat ist es noch nicht gekommen. Vom Bauarbeiterverband wird eine Lohnveränderung von mindestens 60 % pro Stunde gefordert. Die Arbeitslosenversicherung im Baugewerbe am 1. Dezember hat die letzten 30 Tage eine Verminderung von 23 219 auf 18 284 ergeben, das ist von 5,45 auf 3,80 im Verhältnis zum Hundert der Mitglieder. — Der Verband der Tapezierer und der der Sattler und Portefeuillier sind auf Grund einer Urabstimmung eine Beschäftigung eingegangen. Der erste gemeinschaftliche Verbandstag dürfte Anfang März nach Halle berufen werden. — Der Verbandsoberhaupt der Textilindustrie hat für Ende Februar einen Kongreß der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie nach Leipzig einberufen. — Mit berechtigter Freude und Genugtuung berichtet die „Holzarbeiter-Zeitung“ über den vom 8.—10. Dezember in Amsterdam stattgefundenen internationalen Holzarbeiter-Kongreß. Er zeigte in allen wichtigen Fragen volle Einmütigkeit der vertretenen Nationen. Als das wichtigste Ergebnis des Kongresses wird die innige Verbrüderung der Nationen bezeichnet, die auf dem Kongreß zutage trat und eine Gewähr für die baldige vollständige Arbeiterverbrüderung sein wird.

Daß in denselben Augenblick die leitenden Kreise des Unternehmertums die gewerkschaftlichen Bestrebungen anzuschuldigen suchen, wenn diese sich gegen die widerstandsfähige Ausbeutung der Arbeiter richten, das versteht sich von selbst. Der „Arbeiter-Zeitung“ gelten wie immer die Annahmen der Arbeiterinteressen als „Streikbitter“. Den Rechtslogikern, die in ihrer Politik doch wirklich nicht immer den Unternehmern Unzulaß zu Klagen gegeben haben, wird eine trübe Voraussage für die Reichsgewerkschaften gemacht. — „In trüben Tagen werden unter ihren Fäden monten“ und „Die Gefahr droht für sie ins Riesengroße“. Von den Unabhängigen und Kommunisten wieder heißt es, es sei ihre „liebste Taktik“, jede positive Wirtschaftspolitik nach Möglichkeit zu verhindern“. So bliebe den Arbeitern also wirklich nichts anderes übrig, als sich in den allein selbst nach dem Schicksal des Unternehmertums zu richten und von diesen ihre Forderungen berechnen oder abwarten zu lassen — so viel, wie wenig ihnen beliebt!

Wir wissen, daß die Arbeiterklasse ihre Aufgaben und Ziele kennt, und auch die Mittel, sie zu erreichen. Gerade die wirtschaftswirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahres zeigt, daß es gilt, den Sinn der Revolution ganz zu erfüllen. Die wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiterklasse müssen wirklich und politisch geehrt und gewertet werden. Sie dürfen nicht nur der Verdrängung des Lohnverhältnisses dienen, sondern die Verwirklichung des Sozialismus bei jedem Schritt im Auge haben, — und das bedeutet die Befreiung der Arbeiterklasse selbst!

Die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1919.

Für das vierte Quartal 1919 — Stichtag der Arbeitslosenvermittlung am 31. Dezember 1919 — berichteten 273 Zahlstellen mit 43 932 männlichen und 36 361 weiblichen, zusammen 80 293 Mitgliedern.

Aus 64 Orten mit 4851 männlichen und 2579 weiblichen, zusammen 7429 Mitgliedern, gingen keine Berichte ein. Unter Einrechnung der Mitglieder der einzelnen Vereine und die der Hauptstelle ergibt sich eine Gesamtmitgliedszahl von 54 054 männlichen und 38 970 weiblichen, zusammen 93 024 Mitgliedern. Gegenüber dem dritten Quartal 1919 haben wir eine Mitgliederzunahme von 10 460.

Den höchsten Prozentsatz von Arbeitslosen weist am Stichtage der Landestell Ost, Westpreußen und Bommern mit 8,6 Proz. auf. An gleichen Prozentzahl reißt der Landestell Ostpreußen, Pommern, Hamburg mit 8,2 Proz. heran. Rheinland mit Birkfeld hatte nur 0,3 Proz. Arbeitslosen; der die Provinz Sachsen mit Anteil mit 0,9 Proz. als zweitmehrster folgt. Die übrigen Prozentlagen der einzelnen Bundesstellen stehen zwischen 1,1—2 Proz. Der Durchschnittsprozentsatz der berichtenden Arbeitsstellen beträgt 1,5 Proz. Keine Arbeitsstellen waren in den Landestellen Westfalen und Sipp. Im ganzen wurden von den 80 293 berichtenden Mitgliedern 2186 Arbeitslose am Ort und 34 auf der Reise gezählt. Ende Oktober waren von 72136 berichtenden Mitgliedern 834, Ende November von 80 992 Mitgliedern 909 am Ort und auf der Reise arbeitslos. Auf je 100 Mitglieder entfielen demnach 1,2 Arbeitslose am Stichtage der vierten, 1,2 Arbeitslose am Stichtage der dritten und 1,5 Arbeitslose am Stichtage der zweiten Quartalswoche. Der Stand der weiblichen Arbeitslosen betrug am den Stichtagen: Oktober 1,1, November 1,2, Dezember 1,1. Am Stichtage der vierten Quartalswoche wurden 830 arbeitslose männliche und 418 arbeitslose weibliche Mitglieder am Ort und auf der Reise gezählt. Die Zahl der arbeitslosen männlichen erhöhte sich gegenüber dem dritten Quartal um 362, die der weiblichen sank hingegen von 466 um beinahe auf 418 im vierten Quartal, mithin 60 weniger.

Die Schlußarbeiten des Jahres 1937... Die Schlußarbeiten des Jahres 1937... Die Schlußarbeiten des Jahres 1937...

Die Schlußarbeiten des Jahres 1937... Die Schlußarbeiten des Jahres 1937... Die Schlußarbeiten des Jahres 1937...

Die Wahrheit direkt auf den Kopf gestellt.

On einem Artikel über die Blutpflaster für das Betriebs...

Was ist nun durch diese Fiktion gut eingeleitet aber doch...

Wir übergeben das Urteil über den Verlauf der Demoralisation...

Als der Präsident am Sonnabend am die zweite gleich die dritte...

Mitteilungen.

Breslau. Am 11. des Schuhmacher-Fachblattes sind sämtliche...

Bilstein. Unsere Generalversammlung war nur mäßig...

schon Erörterung unserer Mitglieder aus der Umgebung nicht...

Obbiten. Die Schuhmachergesellen von hier haben in...

Köln. Am Montag, den 5. Januar, tagte im Gewerkschafts...

Nachstr.-Kolon-Reichenbach. Am Sonntag, den 18. Januar...

Die Hauptaufgabe derselben hand die Arbeit weiter bei...

Plauen. Zu unserer Generalversammlung sind bei...

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Wir weisen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß...

Ein unsere Ortsverwalter. Zur Einberufung des Betriebsrates zu unserer...

Um eine baldige Drucklegung des neuen Adressenzeichnisses...

Den Bestellern von ...
Der Preis der Doppelstücken von 2,- auf 3,- ...

Den Jahrestellen ...
Der Jahrestellen ...
Die Mitglieder ...

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen
Hermann Lannenhaus, ...
Herrmann Lannenhaus, ...
Otto Ackermann, ...
Heinrich Freybernd, ...
Heinrich Freybernd, ...
Louis Beyer, ...
Jacob Walter, ...

Wittob. Johannes ...
Johannes ...
Johannes ...

Bezirk 2.

(Württemberg, Baden, Hohenzollern).
Bei der Zusammenkunft ...

Kaiser, Wilhelm, Göttingen

Wir bitten die Ortsverwaltungen ...
Kaiser Wilhelm.
W. Leg, Bezirksleiter.

Clegh. Paul Richter, ...
Hermann ...
Clegh. Die Kollegen ...
Mittwoch. Ernst Dehn, ...
Ochtersleben. ...
Klaus L. B. ...

Literarisches.
Der Geist der Revolution 1818-1918 ...

Verfallungs-Kalender.

Mitglieder-Verfallungen.
Altenburg. Montag, den 2. Februar, ...
Dresden. Montag, den 2. Februar, ...
Görlitz. Montag, den 2. Februar, ...
Guben. Montag, den 2. Februar, ...
Leipzig. Montag, den 2. Februar, ...
Potsdam. Montag, den 2. Februar, ...
Regensburg. Montag, den 2. Februar, ...
Sachsenhausen. Montag, den 2. Februar, ...
Tübingen. Montag, den 2. Februar, ...
Weimar. Montag, den 2. Februar, ...

Bezirk II.
Württemberg, Baden und
Hohenzollern.
Den Jahrestellen des Bezirks 2 zur Kenntnis ...
Bezirks-Konferenz
am Sonntag, den 14. März 1920, ...

**Bezirk Hessen und
Mittelrhein. Sitz:
Frankfurt a. M.**
Den Jahrestellen des Bezirks zur Kenntnis ...
Bezirkskonferenz
am Sonntag, den 14. März in Frankfurt a. M. ...

Ortsbeamter für Zuttlingengesucht
Die Mitgliedschaft ...

Guter Bodenarbeiter
findet schöne Arbeit, bei
Karl Kallinger, ...

Schuhmachergefelle,
19 Jahre alt, sucht ...

Eintige Bodenarbeiter
steht ein
Otto Kleinke, ...

Gut erh. Ledertwalze
zu kaufen gesucht.
Offerten an Karl Engelmann, ...

Seltene Angebot!
Verkauf: 1 nagelneues ...

Ein wirklicher Versuch für eine ...